

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

<b>Besetzungspreis</b> mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.- für Selbstabholer 1.80 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72208. <b>Postfachkonto:</b> Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77	<b>Redaktion:</b> Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72208. - <b>Verlag in Leipzig:</b> Tauchaer Straße 19/21 - Telephon 72208.	<b>Inserationspreise:</b> Die 10. Spalte, Kolonelle 25 Pfg., bei Blauvorrichtung 40 Pfg. Stellenangebote 10. Spalte Kolonelle 25 Pfg. Familienanzeigen von Privaten die 10. Spalte Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inierate v. ausm.: die 10. Spalte Kolonelle 40 Pfg. bei Blauvorrichtung 60 Pfg. Reklamezeile 2.25 Mk.
--	---	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Abonnementbestellungen nach den in der Anzeigenspalte, unterer Zweigspalte und alle Wohnstätten entworfen

## Der alte Etat

### Die Abänderung

Ueber die Abänderung des Etats nach den Vorschlägen der Fraktionsführer schreibt der „Soz. Pressebrief“:

Der vom Kabinett vorgelegte Etat wird durch das Kompromiß in dreierlei Weise abgeändert. Es werden

1. 170 Millionen Ersparnisse vorgenommen,
2. 71 Millionen automatische Mehreinnahmen eingelegt,
3. wird der Bedarf an neuen Steuern auf 130 Millionen herabgedrückt.

An sachlichen Ausgaben werden durch den Kompromiß bei allen Etats 11 Millionen erspart. Im einzelnen ergeben sich bei den Etats folgende Ersparnisse: Reichstag 500 000 Mark, Reichsanwalt 300 000, Auswärtiges Amt 3,1 Millionen, Reichsministerium des Innern 4,150 Millionen, Ministerium für die besetzten Gebiete 4 Millionen, Reichswirtschaftsministerium 2,8 Millionen, Reichswehrministerium 27,4 Millionen, Reichsarbeitsministerium 21 Millionen, Reichsernährungsministerium 5,5 Millionen, Reichsverkehrsministerium 50,3 Millionen, Versorgung und Ruhegehälter 25 Millionen, Reichsschuld 6 Millionen, Reichsfinanzministerium 6,7 Millionen, Allgemeine Finanzverwaltung 5,5 Millionen und Kriegslasten 4,5 Millionen.

Im Etat des Reichswehrministeriums entfällt der größere Teil der Ersparnisse auf die Reichsmarine mit rund 20 Millionen, und nur der kleinere Teil mit 7,5 Millionen auf die Reichswehr. Dazu kommen die allgemeinen Ersparnisse bei den sachlichen Ausgaben mit rund 4 Millionen. Die Streichungen im Wehretat erreichen infolgedessen den Betrag von 31,5 Millionen.

Die Abstriche am Etat des Reichsarbeitsministeriums betreffen, abgesehen von einer Ersparnis von anderthalb Millionen Mark Zinsen für die Flüchtlingsfürsorge, die rein rechnerisch ist, Einsparungen bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Im Etat 1929 waren dafür 55 Millionen von der Regierung vorgesehen. Da aber aus dem Jahre 1929 noch ein Rest von 40 Millionen zur Verfügung steht, glaubt man, 20 Millionen weniger ansetzen zu können, ohne daß eine nennenswerte Beeinträchtigung der Aufgaben der produktiven Erwerbslosenfürsorge eintritt. Vor allen Dingen ist eine Kürzung der Leistungen an den einzelnen Erwerbslosen mit dieser Ersparnis nicht verbunden. Alle übrigen Streichungen am Sozialetat, die vom Hansabund in Höhe von 266 Millionen verlangt wurden, sind reiflos abgelehnt worden. Es bleibt bei den Zuschüssen des Reiches an die Krankenkassen für die Wochenhilfe. Es bleibt auch bei der Zuweisung an die Invalidenversicherung von 40 Millionen aus den Zollerträgen. Auch die Mittel für die Krisenfürsorge und die Reichsbeiträge für die Invalidenversicherung sind in keiner Weise verändert worden.

Allerdings wurde eine Kürzung bei den Kapitalabfindungen der Versorgungsrentner in Höhe von 25 Millionen vorgesehen. Aber auch hier kann man annehmen, daß damit keine Ansprüche einzelner Kriegsbekämpfter gekürzt werden.

Sehr erheblich sind die Einsparungen bei dem Reichsverkehrsministerium. Allein 26,5 Millionen entfallen hier auf die Kürzung der Zuschüsse für den Luftverkehr und die Luftindustrie. Der Rest von 25 Millionen wird dadurch erzielt, daß noch nicht in Angriff genommene Bauten von Wasserstraßen hinausgeschoben werden.

Diese Ersparnisse ergeben eine Verminderung des Fehlbeitrags von 380 auf 201 Millionen. Die 201 Millionen werden gedeckt durch 71 Millionen automatisch fließende Mehreinnahmen und 130 Millionen neue Steuern. Die automatisch fließenden Mehreinnahmen bestehen aus 1 Million Patentgebühren, 35 Millionen Mehreinnahmen bei der Tabaksteuer und 35 Millionen Mehreinnahmen aus der Post. Weder die Mehreinnahme aus der Post, noch die Mehreinnahme aus der Tabaksteuer hat eine neue Belastung zur Folge. Die 130 Millionen neue Steuern sollen aufgebracht werden durch

**40 Millionen Vermögenssteuer und 90 Millionen aus dem Branntweinmonopol.**

Bei der Vermögenssteuer handelt es sich um die Nachzahlung aus dem Jahre 1926, die jetzt zur Erhebung kommen soll. Von den 90 Millionen Branntweinsteuer entfallen aber auch nur 54 Millionen auf die Erhöhung der Branntweinsteuer. Der Rest wird durch eine Verbesserung der organisierten Einrichtungen des Branntweinmonopols erzielt, die zum erheblichen Teil seit Jahren von der Sozialdemokratie verlangt worden ist. Die von der Reichsregierung vorgesehene Verschärfung der Erbschaftsteuer, die mit 20 Millionen gekürzt war, ist damit gefallen. Ebenso wird auf weitere 64 Millionen Vermögenssteuer verzichtet.

Dieser Milderung der Besitzbelastung mit etwa 84 Millionen steht aber der Verzicht auf die Biersteuer gegenüber, die in dem Programm der Reichsregierung mit einem Mehrertrag von 165 Millionen enthalten war. Abgeschlagen ist ferner das Verlangen, die Kürzung der Ueberweisungssteuern an Länder und Gemeinden auf 300 Millionen zu erhöhen, um insbesondere die Gemeinden in ihrer Bewegungsfreiheit für soziale Zwecke zu hindern. Es bleibt bei dem Vorschlag, die Ueberweisungssteuern nur um 120 Millionen zu kürzen, womit sich auch der Reichsrat einverstanden erklärt hat. Das Verlangen der Deutschen Volkspartei nach Beseitigung des Steuerprivilegs der öffentlichen Versorgungsbetriebe, die eine Erhöhung der Preise für Wasser, Gas, Elektrizität und den Verkehr zur Folge gehabt hätte, ist trotz der Unterstützung durch andere bürgerliche Parteien an dem entschiedenen Widerstand der Sozialdemokratie gescheitert.

## Ein Erfolg — für wen?

### Die Steuerdrückeberger durchgedrungen!

Die von den Finanzfachverständigen der Reichstagsfraktionen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Demokraten und der Sozialdemokraten ausgearbeiteten Sparvorschläge sind mit geringfügigen Änderungen vom Reichskabinett angenommen worden. Nachdem die bürgerliche Presse schon vorher Mitteilungen über den sachlichen Inhalt der Vereinbarungen gemacht hatte, berichtet nunmehr auch der Sozialdemokratische Pressebrief darüber. Das Kompromiß ist gesucht und schließlich gefunden worden, nicht nur, um die Regierung aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszubringen, sondern vor allem, um sie auf eine breitere und damit „sichere“ Grundlage zu stellen. Zentrum und Volkspartei hatten deutlich zu erkennen gegeben, daß sie trotz aller „Staatsnotwendigkeiten“, von denen sie sonst so viel reden, dem Etat nicht zustimmen werden, wenn nicht ihren Nach- und Interessenansprüchen in genügender Weise vorher entsprochen wird. Wollte die Regierung im Amt bleiben, so mußte von den Fraktionen, von denen sie abhängt, die Brücke gebaut werden. Nachdem nun die vorgeschlagenen Änderungen des Etats bekannt geworden sind, muß zugegeben werden, daß die bürgerlichen Reichstagsfraktionen in dem neuen Etat einen Erfolg ihrer Ansprüche sehen können.

Die Abstriche, die bei den einzelnen Etats gemacht worden sind, werden in den Berichten nur summarisch wiedergegeben. Es läßt sich nicht näher erkennen, bei welchen Positionen im einzelnen die Einsparungen gemacht werden sollen. Sind die Streichungen bei einzelnen Ministereien an sich schon recht geringfügig (Auswärtiges Amt z. B. 3,1 Millionen), so wird man weiter annehmen müssen, daß gerade jene Posten, auf deren Kürzung oder völlige Streichung die Sozialdemokratie nachdrücklich bestehen mußte, keine Einschränkung erfahren haben. Wir denken an die Fonds zur besonderen Verwendung, an die Mittel für die Technische Hochschule und für andere, gegen die Arbeiterklasse sich wendenden feindlichen Einrichtungen. Von dem fast Dreiviertel-Milliarden-Etat des Reichswehrministeriums, sollen ganze 27,4 Millionen gekürzt werden. Aber hier ebenso wie bei den 20 Millionen Luftfahrtsubventionen, die beim Verkehrsset gestrichen werden sollen, wird sich zeigen, daß diese angeblichen Einsparungen nur auf Täuschung berechnet sind. Denn in Wirklichkeit handelt es sich nicht um wirkliche Einsparungen, sondern nur um eine Verschiebung von Ausgaben. Wenn nach den neuen Vorschlägen der Reichswehretats bis auf 667 Millionen „herabgedrückt“ wird, so ist das für das „Nothjahr“, in dem sich Deutschland befindet, noch eine so ungeheuerlich hohe Summe, daß die Sozialdemokratie diesem „gerichteten“ Etat gegenüber unmöglich eine andere Haltung einnehmen kann, als sie im Vorjahr getan hat. Kommt doch noch hinzu, daß auch außerhalb des Wehretats noch ansehnliche Summen für die Aufrüstung untergebracht sind. Solange die Parteien der Bourgeoisie 700 Millionen Mark für ihr Militär für unentbehrlich halten, kann die Sozialdemokratie nicht die Streichung von 45 Millionen Mark im Etat des Arbeitsministeriums hinnehmen.

Sind schon die Streichungen im ganzen ein Erfolg der bürgerlichen Parteien, so ist es der Verzicht auf die Durchführung von Forderungen, die die Sozialdemokratie in bezug auf den sozialen Ausgleich des Gesamtstats gestellt hatte, erst recht. Nicht um der Agitation willen, sondern um der großen sozialen Not breiter Volksschichten in der deutschen Republik entgegen zu wirken, hat die Sozialdemokratie die Forderungen vertreten, daß die Folgen der verfehlten Finanzpolitik der bürgerlichen Parteien in den letzten Jahren getragen werden müssen von der bejammerten Klasse. Die Steuerbelastung der arbeitenden Massen im Verhältnis zu der Schicht der Besitzenden ist ein so unerhörtes soziales Unrecht, daß die Sozialdemokratie sich nicht nur mit Anklagen begnügt, sondern in den vergangenen Jahren einen ersten Kampf geführt hat um die Einführung einer sozial gerechteren Steuererhebung. Da der sozialdemokratische Reichsfinanzminister in seinem Etatentwurf die Forderungen seiner Fraktion nicht berücksichtigen konnte, so verlangten die Sozialdemokraten, daß der Etat einer Regierung, an der sie führend beteiligt sind, durch die Ausgestaltung der Erbschafts-, Vermögens- und Körperschaftsteuer entscheidend korrigiert werde. Die Vorschläge der Fraktionsfachverständigen tragen diesem Verlangen nicht im geringsten Rechnung. Im Gegenteil: die geringfügige Erhöhung der Besitzsteuer, die im Etatentwurf vorgesehen war, wird beseitigt. Die Erbschaftsteuererhöhung fällt ganz, desgleichen eine neue Erhöhung der Vermögenssteuer. Dafür waren die bürgerlichen Fraktionen so gnädig, zuzugestehen, daß eine Vermögenssteuernachzahlung, die bereits 1926 beschloffen worden ist, jetzt wenigstens zu einem Teil erhoben werden darf. Nicht den ganzen Betrag, sondern nur 40 Millionen Mark der seit drei Jahren fälligen Vermögenssteuernachzahlung darf der Reichsfinanzminister jetzt erheben lassen. Das ist die ganze „Belastung“ des Besitzes! Die übrigen 90 Millionen Mark des

## Besprechung der Parteiführer mit dem Kanzler

Ul - Berlin, 8. April.

Am Montagnachmittag empfing der Reichskanzler die Fraktionsführer und die Finanzfachverständigen der Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten, Demokraten, des Zentrums, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei zu einer Besprechung über die Bildung der großen Koalition und die Verabschiedung des Haushalts für 1929. Die Finanzfachverständigen legten dabei den vor ihnen in den letzten Tagen ausgearbeiteten Entwurf zur Änderung des Haushaltes vor. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, die Entscheidung wurde vielmehr den Fraktionen überlassen. Nach diesen Sitzungen werden die Fraktionsführer dem Reichskanzler über die Haltung der Parteien Mitteilung machen.

## Gemeinderatswahl in Luxemburg

Es bleibt so ziemlich beim alten

Ul - Luxemburg, 8. April.

Die nach der kürzlich durch die Regierung erfolgte Auflösung des luxemburgischen Gemeinderats erforderlich gewordenen Neuwahlen konnten am Sonntag trotz des vorausgegangenen ungewöhnlich heftigen Wahlkampfes ohne Zwischenfälle stattfinden. Es erhielten: Liberale Partei (Dr. Dieblich) fünf, katholische Katholiken einen, liberales Kartell (Sozialisten und Radikale) zehn, katholische Rechtspartei neun Sitze. Dieses Ergebnis entspricht zahlenmäßig demjenigen der Wahl vom vergangenen Oktober. Die Liberalen haben demnach den Uebertritt eines ihrer Mitglieder zur Opposition auszugleichen vermocht, während die Rechtspartei ihre Stellung befestigt hat. Damit ist die Bildung eines Schöpferrates aus Angehörigen der zwei bürgerlichen Parteien ermöglicht.

## Appell, der fruchtlos bleibt

WZ Genf, 8. April.

Nach dem Beispiel des Exekutivkomitees der Zweiten Internationalen, dem sich — wie bereits gemeldet — Hunderte von sozialistischen Vereinen und Verbänden angeschlossen haben, hat auch die Internationale Gewerkschaftszentrale in Amsterdam an den vorbereitenden Abrüstungsausschuß einen Appell gerichtet, in dem dieser dringend aufgefordert wird, in seiner nächsten Tagung, die bekanntlich in acht Tagen beginnt, die Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz energisch wieder aufzunehmen, damit entsprechend dem Beschluß der letzten Völkerverammlung die Internationale Abrüstungskonferenz noch in diesem Jahre einberufen werden könne.

## Kampf um eine Leiche

Ul Bukarest, 9. April.

Im Anschluß an die Tagung der kommunistischen Gewerkschaften in Temeswar kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Polizei. Die Kommunisten wollten die Leiche eines Genossen, der vor einigen Tagen gestorben war, beerdigen. Die Leiche war auf Wunsch der Kommunisten nach Temeswar gebracht worden, wo die Beerdigung stattfinden sollte. Es war eine große Feier anlässlich dieser Beerdigung geplant. Die Leiche, die schon in Verwesung übergegangen war, wurde im Verjammungsstadium ausgeführt. Als die Gesundheitspolizei die Beisetzungsanordnung widerlegte, legten sich die Kommunisten, worauf die Polizei in den Saal einströmte, um die Leiche gewaltsam herauszuführen. Die Kommunisten leisteten Widerstand und gaben eine Anzahl Schüsse auf die Polizeibeamten ab. Ein Kommunist wurde schwer verwundet, zwei andere, sowie zwei Genossen, erlitten leichtere Verletzungen. Die Polizei machte nunmehr auch ihrerseits von der Waffe Gebrauch, wobei mehrere Kommunisten verwundet wurden. Alle im Saal anwesenden, etwa 250 Personen, wurden verhaftet.